

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Danneberg, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld, W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Neubauer, A.  
Meiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Reinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 15. Januar.** Das Kaiserpaar  
stattete gestern Vormittag kurz nach 9 Uhr der  
Kaiserin Friedrich in deren Palais einen Besuch  
ab und nahm selbst das Frühstück ein. Von  
dort begaben sich der Kaiser und die Kaiserin zur  
Bewohnung des Gottesdienstes nach der Drei-  
faltigkeits-Kirche. Nach dem königlichen Schloß  
zurückgekehrt, empfing der Kaiser den Unterstaats-  
sekretär von Keller in Audienz. Den Rest des  
Tages verbrachte das Kaiserpaar aus Anlaß des  
Todesjahres des Vaters der Kaiserin in stiller  
Zurückgezogenheit im Schloß.

Ueber Fürst Bismarcks Befinden berichtet  
die „Zukunft“:  
„Der Fürst ist nicht unverändert; er ist be-  
trächtlich schlanker und namentlich das Gesicht ist  
kleiner geworden, so daß nun das leuchtende, das  
schärfste Wechsels im Ausdruck fähige Auge, das  
früher oft kleine Zettelanfamnungen bedrangt,  
heller und mächtiger als sonst hervortritt. Die  
Hautfarbe ist frisch und zart, wie man von  
den letzten Bildnissen kennt, die Gesichtszüge,  
ein alter böser Geist, sind in  
schlimmerer Weise zu dem Gesunden auch wieder  
zurückgekehrt, und der Gang und die Haltung  
sind genau so straff und elastisch, wie vor dem  
Stifter der Reichseinigung.“

Ueber den Stand der Finanzfragen schreibt  
die „Nat.-Lib. Kor.“:

Die Reichsfinanzreform, selbst in der Be-  
schränkung auf das nächste Bedürfnis, die Kosten-  
deckung für das neue Militärgesetz, bietet leider  
nur sehr unzulängliche Mittel. Wir möchten  
inzwischen doch noch nicht das Triumphepigramm  
oppositioneller Blätter gerechtfertigt finden, welche  
sich geben, als ob Alles bereits zertrümmert am  
Boden liege. Das erste Wort in der Politik ist  
noch nicht das letzte, zumal bei der Zentrum-  
partei. Es wäre ein überaus verantwortungs-  
reicher und verhängnisvoller Schritt, den die  
Opposition mit einem gänzlich negativen oder  
vollständig ungenügenden Ergebnis unternehme,  
und man sollte sich vor der Entscheidung noch  
einmal die ganze Tragweite derselben klar machen.  
Den Einzelstaaten würde zugemutet, nicht nur  
die bisherigen Militäraufgaben weiter zu tragen,  
sondern noch größere Leistungen für Reichszwecke  
zu übernehmen. Sie kämpfen aber alle jetzt schon  
mit Schuldenlasten; die direkten Steuern sind  
überall bereits bis zu einem Maße gestiegen, daß  
die mittleren Stände, auf denen schließlich doch  
das Schwerkriegsgewicht der Belastung ruht, schlechter-  
dings nicht mehr im Stande sind, noch mehr zu  
leisten. Andere Steuerquellen, von irgend welcher  
Ergebnislosigkeit aber sind für die Einzelstaaten nicht  
vorhanden. Daraus muß eine Nothlage entstehen,  
die mit der Zeit gewachsen die Lebensfähigkeit  
namentlich der kleinen Bundesstaaten bedrohen  
würde. Wir sind auch der festen Ueberzeugung,  
daß dasjenige, was der Reichstag jetzt zu ver-  
weigen sich aufzählt, in wenigen Jahren unter  
dem Druck der finanziellen Bedürfnisse der Ein-  
zelstaaten doch im Reich wird geleistet werden  
müssen. In den Verhandlungen der Bundesstaaten  
sprechen die Männer derselben Parteien, die im  
Reichstag nichts als Opposition und Negation  
kennen, bereits ganz anders. Das Reich als  
solches könnte getrost warten, bis diese un-  
vermeidliche bessere Einheit kommt. Allein wir  
würden trübselig, bis die Sache unter dem Druck  
der Noth zu einer befriedigenden Lösung ge-  
kommen ist, höchst unzureichenden Zuständen ent-  
gegengehen. Bei allem Widerspruch gegen die  
vorliegenden Steuerpläne ist auch nicht ein einziger  
gangbarer Weg gezeigt worden, wie die Sache  
anders zu lösen wäre. Man kann jetzt nur noch  
von der Macht der That das Beste hoffen und  
besseren Willen erhoffen.

Die „Mayer Zeitung“ ist in der Lage,  
gegenüber den Darstellungen verschiedener  
Zeitungen über das Leben der französischen Offiziere  
auf der Festung als kompetente Quelle zu er-  
klären, daß von einem Verkehr mit den Offizieren  
der Garnison gar nicht die Rede sein kann. Außer  
dem Kommandanten, Generalmajor Vacholder,  
dem Platzmajor und dem Platzarzt hat noch Niemand  
mit den Gefangenen gesprochen. Auch be-  
züglich des Briefverkehrs ist jedwede Vorfrage  
gegen einen etwaigen Mißbrauch getroffen.

Das „Armee-Verordnungsblatt“ ver-  
öffentlicht folgende kaiserliche Kabinettsordre, be-  
treffend die Benennung der „alten Festung“  
Graudenz als „Feste Courbiere“ bezw. organi-  
satorische Bestimmungen für die kaiserliche Schutz-  
truppe für Deutsch-Polen:

„Um das Andenken an den General-Feld-  
marschall de Courbiere, der die Festung dauernd  
besetzt, zu erhalten, bestimme Ich, daß, nachdem  
die frühere Festung „Courbiere“ bei Graudenz  
eingezogen ist, namentlich die sogenannte „alte  
Festung“ bei Graudenz den Namen „Feste Cour-  
biere“ führen soll. Das Kriegs-Ministerium hat  
dies der Armee bekannt zu machen. Neues  
Palais, den 14. Dezember 1893. Wilhelm. An  
das Kriegs-Ministerium.“

In Abänderung beziehungsweise Ergänzung  
des Abschnitts VII. B. 6 der organisatorischen  
Bestimmungen für die Schutztruppe für Deutsch-  
Polen vom 9. April 1891 bestimme Ich hier-  
durch: Die Anciennität der seit dem 27. Juni  
1893 der Schutztruppe für Deutsch-Polen zu-  
getheilten und weiterhin noch neu zuzutheilenden  
Offiziere und Sanitäts-Offiziere richtet sich nach  
ihren Heimatgarnisonen und ihren Heimatpatenten  
in der Weise, daß sie danach von dem Tage ihrer  
Zuteilung ab unter sich hinter allen denjenigen  
Offizieren beziehungsweise Sanitäts-Offizieren  
der Schutztruppe zu rangieren haben, welche dieser  
bereits vor dem 27. Juni 1893 zugeteilt worden  
sind. Neues Palais, den 18. Dezember 1893.  
Wilhelm. In Vertretung des Reichskanzlers,  
Hollmann. An den Reichsfeldmarschall (Reichs-Marine-  
amt).“

Die Kommission für die zweite Lesung  
des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für  
das deutsche Reich legte in den Sitzungen vom  
9. und 10. Januar die Beratung des ehe-  
lichen Güterrechts fort.

Die §§ 1333 bis 1337 enthalten die all-  
gemeinen Vorschriften über Eheverträge. Der § 1333,  
welcher den Grundbaß der Vertragsfreiheit zum  
Ausdruck bringt und den Begriff des Ehevertrags  
näher bestimmt, wurde, unter Ablehnung eines  
Antrags, den Abschluß von Eheverträgen nach Ein-  
gabung der Ehe abweichend von dem Entwurf  
für unzulässig zu erklären, gebilligt; ebenso  
die Vorschrift des § 1334, welche die Vertrags-

mäßige Bestimmung des ehe-  
lichen Güterstandes durch  
Beynennung auf ein nicht mehr geltendes  
oder auf ein ausländisches Gesetz, abgesehen von  
den Ausnahmefällen des Abs. 2, verbietet. Der  
§ 1335 Abs. 1 schreibt für Eheverträge die gericht-  
liche oder die notarielle Form in dem Sinne vor,  
daß es genügt, wenn jeder der Ehegatten für sich  
seine Erklärung vor Gericht oder vor Notar ab-  
gibt und ein Austausch dieser einseitigen Erklä-  
rungen ohne Mitwirkung des Gerichts oder des  
Notars stattfindet. Die §§ 1336, 1337, die im  
Falle der Auslieferung oder Abänderung des ge-  
setzlichen Güterstandes durch Ehevertrag den Schutz  
gütgläubiger Dritter bezwecken, die sich im Ver-  
trauen auf das Fortbestehen des bisherigen Güter-  
standes mit einem der Ehegatten auf Rechtsgeschäfte  
oder auf die Führung von Rechtsgeschäften ein-  
gelassen haben, fanden mit einigen an die  
Beschlüsse zu § 1257 sich anschließenden Ab-  
weichungen Zustimmung. Die §§ 1338 bis 1340  
regeln den vertragsmäßigen Güterstand der Ehe-  
leute. Die bereits früher beschlossenen,  
soll dieser Güterstand mit Rücksicht darauf, daß  
nach den Vorschriften über das gesetzliche  
Güterrecht in verschiedenen Fällen kraft Gesetzes  
Gütertrennung eintritt (vergl. §§ 1284, 1330),  
dem gesetzlichen Güterstande der sogenannten Ver-  
waltungsgemeinschaft als subsidiärer gesetzlicher  
Güterstand sich anreihen. Im Einzelnen wurde  
die Vorschrift des § 1338, wonach, wenn die Ehe-  
gatten den Ausschluß des gesetzlichen Güterstandes  
der sog. Verwaltungsgemeinschaft ohne Bestim-  
mung eines anderen Güterstandes vereinbaren,  
Gütertrennung als vereinbart gilt, sachlich nicht  
beibehalten. Auch die Vorschriften des § 1339  
über die Verpflichtung der Frau, dem Manne aus  
den Einkünften ihres Vermögens und dem Ertrage  
eines von ihr selbstständig betriebenen Gewer-  
geschäftes einen angemessenen Beitrag zur Ver-  
sicherung der ehelichen Kosten zu gewähren, gelangten  
mit einigen nicht erheblichen Änderungen sachlich  
nach dem Entwurf zur Annahme. Eine Ergän-  
zung erfuhr der Entwurf durch die Aufnahme der  
Vorschrift, daß, wenn die Frau etwas aus ihrem  
Vermögen zur Versorgung des ehelichen Aufwandes  
verwendet oder dem Manne zur Verwendung  
für diesen Zweck überlassen habe, im Zweifel an-  
zunehmen sei, sie habe die Absicht, von dem Manne  
Erfolg zu verlangen. Gebilligt wurde ferner die  
Vorschrift des § 1340 Abs. 1, welche für den Fall,  
wenn die Frau ihr Vermögen oder einen Teil des-  
selben der Verwaltung des Mannes überlassen hat,  
in Ermangelung einer anderen Bestimmung der Frau  
dem Manne das Recht einräumt, die während der  
Dauer seiner Verwaltung gezogenen Einkünfte des  
Vermögens der Frau innerhalb gewisser Grenzen  
nach freiem Ermessen zu verwenden; dagegen  
wurde der Abs. 2 des § 1340 gestrichen, wonach  
der Mann Einkünfte, die zu der Zeit, zu welcher  
die Frau sie in Anspruch nimmt, noch vorhanden  
sind, herauszugeben hat. Die Beratung wendete  
sich sodann den Vorschriften über die allgemeine  
Gütergemeinschaft (§§ 1341—1409) zu.

Die in der Bildung begriffene Kamerun-  
Hinterlandgesellschaft veranlaßt einen Prospekt und  
eine Denkschrift über ihr Unternehmen. Sie be-  
absichtigt den Zwischenhandel der eingeborenen  
Stämme zu durchbrechen und durch den Ankauf  
oder dort billigen Produkte sich die hohen Gewinne  
der Zwischenhändler selbst zu sichern. Von den  
zu erwerbenden Produkten sollen vor allem das  
Eisenblech, das im südlichen Kamerun noch zahl-  
reich vorhanden ist, und der Kautschuk, den die  
Urwälder am Cameroo noch in großen Mengen  
bergen, in Betracht kommen. Der Eisenblechhandel,  
der bisher seinen Weg zum Meere, zum Teil  
sogar nach Timbuktu und durch die Wüste nach  
Tripolis nahm, soll dadurch auf dem kürzesten  
Weg zu den deutschen Küsten abgekürzt wer-  
den. Als Ausgangspunkt des Unternehmens ist  
die Anlage einer Station an der Küste oder in der  
Nähe derselben in Aussicht genommen, jedenfalls  
auf einem Punkte, der vom Meer aus zu Schiff  
erreichbar ist, etwa in „Ebia“, 70 Kilometer von  
der Küste. Die Hauptstation im Inneren soll im  
Grunde in der Nähe von Balinga oder Janda  
angelegt werden, auf der Grenze zweier verschie-  
dener Vegetations- und klimatischer Zonen, zwischen  
der mohamedanischen Sudan- und der heidnischen  
Bantu-Region. Zur Ausfüllung des Unter-  
nehmens sind vier Europäer notwendig, ferner  
im ersten Halbjahr je zwölf, im zweiten achtzig  
und im dritten hundert Schwarze. Im ersten Ge-  
mester soll zudem die Anlage der Station, sodann  
zwei weitere die Ausfüllung einer Baarstraße er-  
folgen. Umgelegt sollen im ersten Halbjahr  
40000 Mark, im zweiten Halbjahr 20000 Mark,  
im dritten Halbjahr 20000 Mark, im vierten  
Halbjahr 20000 Mark, im fünften Halbjahr  
20000 Mark, im sechsten Halbjahr 20000 Mark  
aufgebracht werden. Die Hauptkapitalien sollen  
aus dem Reichs- und dem Provinzialhaushalt  
entnommen werden. Die Gesellschaft soll in  
400 Aktien zu 200 Mark. Wie weit sich die  
Hoffnungen der Gesellschaft erfüllen, muß  
jedoch nach den jüngsten unerfreulichen Nach-  
richten aus Kamerun, abgewartet werden. Die  
Durchbrechung des einheimischen Zwischenhandels  
dürfte auf großen Widerstand stoßen und schwere  
Kämpfe erfordern. Bisher haben sich alle An-  
strengungen des Gouvernements wie der einzelnen  
kaufmännischen Firmen in Kamerun als machtlos  
erwiesen, und da der Gesellschaft keine Schutztruppe  
zu Gebote steht, sehen wir den Erfolg mit keinem  
Optimismus entgegen. Obendrein ist im Gras-  
lande, in Bango, Tibati, Ngambere und in  
Adamana die Konturierung der Hausfahndler zu  
beobachten, die sich in ganzen Scharen mit Sklaven  
an den einzelnen Haupthandelsplätzen ansetzen  
und, da ihre Zeit keinen Werth besitzt, ruhig ab-  
warten, bis sich der Ankauf und die Verwendung  
der Produkte wirklich lohnt. Zu wünschen wäre  
freilich, daß es deutschen Unternehmungen gelänge,  
die Naturgesetze unserer Kolonien, soweit solche  
vorhanden sind, zu beugen und zu verwerten.

**Thorn, 12. Januar.** Für den Verkehr nach  
Rußland ist eine Verordnung von russischer Seite  
ergangen, wonach vom 1. (13.) Januar ab die Ge-  
bühren für Beförderung eines Passes zur Reise nach  
Rußland 450 Mark und für Begleitung der  
Unterstützung auf einem in Deutschland ausgestellten  
in Rußland zur Verwendung kommenden Dokument  
650 Mark betragen. Die Gesellschaften, die zu einer Reise nach Rußland  
sich auf drei Meilen von der Grenze berechnen  
und eine Gültigkeit von 8 Tagen haben, werden  
von dieser Abgabe befreit.

**Dresden, 12. Januar.** Die Sozialdemo-  
kratische Partei hat in der Sitzung vom 12. Januar  
über die Frage der Teilnahme an den Reichstags-  
wahlen im nächsten Jahre beschlossen, sich nicht  
an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

**Stettin, 12. Januar.** Die Stettiner  
Kamerun-Hinterlandgesellschaft hat in der Sitzung  
vom 12. Januar über die Frage der Teilnahme an  
den Reichstagswahlen im nächsten Jahre beschlossen,  
sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

traten der Zweiten kaiserlichen Kammer hatten sich  
gestern der Scherz geleistet, einen Antrag auf die  
Einführung des allgemeinen gleichen und direkten  
allgemeinen Wahlrechts vom 21. Lebensjahre ab zu  
stellen. Die Kammer fand jedoch wenig Gefallen  
daran, sich von derartigen sozialdemokratischen  
Wünschen ihre Zeit stehlen zu lassen, sondern  
lehnte durch eine vom Vizepräsidenten Streit ab-  
gegebene Erklärung jede Art Beratung dieses  
Antrages schon im Voraus ab. Derselbe erhielt  
außer der verneinenden sozialdemokratischen nicht  
eine Stimme. Damit ist diese Angelegenheit er-  
ledigt.

**München, 14. Januar.** An den gestrigen  
drei Klassenkürsungen der königlichen Akademie der  
Wissenschaften verlasen die Klassensekretäre das  
Antwortschreiben des Kultusministers Dr. von  
Müller auf die Anfrage des Präsidenten v. Betten-  
hofer bezüglich der angeblich verweigerten Ver-  
sicherung des Vorschlags des altkatholischen Pro-  
fessors Langen-Vom zum Mitgliede der Akademie.  
Das Schreiben des Ministers legt das königliche  
Bestimmungsrecht dar, welches keine Verpflichtung  
zur Annahme von Gründen ansetzt. Hinsichtlich  
des Professors Langen steht jedoch noch die All-  
erhöchste Entscheidung aus, welcher vorzugreifen  
nicht angeht. Retrospektiv spreche die Konfession  
des Vorgesetzten mit, und ebenso wenig werde  
die akademische Beurteilung seiner wissenschaft-  
lichen Wirksamkeit beeinträchtigt. Die vorzeitige  
Veröffentlichung des Wahlvorschlages beruhe  
schmerzlich wegen der daran angeknüpften Sub-  
jektivitäten, die durchaus unbegründet seien.

**München, 14. Januar.** Soeben hat sich  
ein Landeskomitee für die hiesige 1896er Landes-  
ausstellung gebildet. Minister v. Feilitzsch über-  
nimmt das Ehrenpräsidium der Ausstellung.

**Stuttgart, 13. Januar.** Das „Militär-  
verordnungsblatt“ und der „Staatsanzeiger“ ver-  
öffentlichen Bestimmungen über die Uniform der  
nach Preußen kommandierten württembergischen,  
sowie der nach Württemberg kommandierten preußi-  
schen Offiziere. Derselben tragen die Uniform und  
alle Abzeichen derjenigen Truppenteile, welchem  
sie zugeteilt sind. Die Generale und General-  
stabsoffiziere tragen ebenfalls die preussische  
Uniform, die Adjutanten des Königs behalten das  
Recht, eine besondere Uniform zu tragen. Eine  
entsprechende Anordnung des Kaisers betrifft die  
preussischen nach Württemberg kommandierten Of-  
fiziere. Diese Bestimmungen sind entnommen einer  
Dekrete, welche der König am 1. Dezember v. J.  
dem Kriegsminister zugehen ließ. Der „Staats-  
anzeiger“ heißt auch diese Dekrete mit; dieselbe be-  
ruht auf der mündlichen Vereinbarung mit dem  
König von Preußen und enthält neben dem bereits  
angeführten noch den Wunsch des Königs, daß  
die Rangliste des württembergischen Armeekorps  
vereinigt erscheine mit der preussischen. Der König  
von Württemberg befehlt sich vor, Offiziere zu  
panzernden Dienstleistungen zum Militärkabinett des  
Königs von Preußen zu kommandieren. Der Ein-  
gang der Dekrete besagt, der König sei von dem  
Wunsche geleitet, die Beförderungsverhältnisse der  
würtembergischen Offiziere mit denen der preußi-  
schen in Uebereinstimmung zu bringen und zu er-  
halten. Er habe beschlossen, die Beförderungen  
nur unter dem Gesichtspunkte eintreten zu lassen,  
daß die Schwierigkeiten zu vermeiden, welche bis-  
her zum Nachteil der Württemberger bei deren  
Kommandierung nach Preußen geltend gemacht  
wurden. Der „Staatsanzeiger“ fügt hinzu, weitere  
Anordnungen hätten nicht stattgefunden, wesent-  
lich ausgeübter Kommandierungen nach Preußen  
und umgekehrt seien nicht in Aussicht genommen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Stuttgart, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Spanien und Portugal.**  
**Madrid, 13. Januar.** Am Einfuhrthor  
des Palastes des Marquis Oliva wurde eine Pa-  
trone gefunden, welche jedoch nicht explodirte.

**Großbritannien und Irland.**  
**London, 13. Januar.** Dem Unterhaufe  
wurde der Wortlaut des Eides, welchen der Herzog  
von Koburg beim Antritt der Regierung geleistet  
hat, in Form eines parlamentarischen Schrift-  
stückes mitgeteilt. — Die radikalen Abgeordneten  
wollen keine weiteren Schritte bezüglich der  
Anfrage des Herzogs in der jetzigen Session  
mehr thun.

**Williams, der Organisator der Arbeitslosen,**  
welche sich täglich auf dem Tower-Hügel ver-  
sammeln, wird verhaftet. Die Anfrage, welche  
seine aufzulegenden Neben im Parlament zur Folge  
hatte, und die Beantwortung derselben scheinen  
auf ihn nur aufzulegend geübt und seine Sprache  
noch maßloser gemacht zu haben. Gestern erklärte  
er, daß die Arbeitslosen würden nur dann Arbeit  
bekommen, wenn es jedem Hauseigentümer im Lande  
bange vor ihnen werden würde. Man sollte es  
gerade so machen wie die Skizzen und die heilige  
Scheu vor dem Eigentumsrechte bei Seite legen.  
Dann schrie er mit Stentorstimme: „Wollt Ihr  
Schreden in die Herzen der Kapitalisten bringen?“  
Die Zuhörer brüllten: „Ja.“ „Eine prächt-  
liche Gelegenheit wird sich am ersten Sonnabend  
des Februars bieten, wenn wir unsere Kundgebung  
auf dem Trafalgar Square abhalten. Seht  
zu, von welchen Distrikten die Polizeimann-  
schaften genommen sind. Dann geht in die un-  
bewachten Reviere und nehmt, was Ihr wollt.  
Ich werde irgendwo ein Schamkel anstiften, um  
die Polizei abzulenken. Nach dem ersten Zu-  
sammenstoß wird sich etwas ereignen.“

**London, 13. Januar.** Nach Meldungen des  
„Reuter'schen Bureau“ aus Sierra Leone vom  
heutigen Tage besetzte eine Abtheilung der Grenz-  
polizei, unterstützt von einheimischen Hilfstruppen,  
unter dem Inspektor Taylor am 28. v. M. in  
Cayah (Distrikt Tonka) 4000 Sofas, 250 Sofas  
wurden getötet, 150 gefangen genommen.

**London, 14. Januar.** Nach einer hier vor-  
liegenden Meldung aus Honolulu vom 6. v. M.  
protestirt die provisorische Regierung in ihrer Au-  
torität an den Präsidenten der Vereinigten Staaten  
gegen dessen Einmischung in die Angelegenheiten  
Hawaii's und weist die von demselben gesandte  
Delegation des Kabinetts entschieden zurück, indem  
sie erklärt, sie erwarte die Entscheidung des ame-  
rikanischen Kongresses.

**Dänemark.**  
**Kopenhagen, 13. Januar.** Der König ist  
durch eine Erkältung erkrankt, einige Tage das  
Bett zu hüten.

**Kopenhagen, 13. Januar.** Nach amtlicher  
Mittheilung ist der Departementsdirektor Herr  
von Minister des Innern, und der bisherige  
Minister des Innern Ingersted zum Minister für  
das neuerrichtete Ministerium der öffentlichen Ar-  
beiten ernannt.

Der Justizminister hat heute den Befehls-  
gebefehl gegenüber den Provinzen aus den  
russischen Distrikten, den holländischen Hüfen  
und Neapel, sowie den Befehl bezüglich der Beobach-  
tung gegenüber den aus Petersburg, Riga und  
Holland einreisenden Personen aufgehoben.

**Kopenhagen, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Kopenhagen, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein, durch  
welche die Beamtenvermehrung auf 700000 für das  
Jahr 1894 erhöht wird; so lange die  
Vierhundert 700000 beträgt und der Steuer-  
auf eine Krone erhöht, wenn die Vierhundert auf  
10 Kronen erhöht werden sollte. Die Vorlage be-  
trifft ferner eine Einfuhrsteuer von 14  
Dere für das Pfund zu Vermeidung eingeführter  
Mals und 14, Dere für das Pfund gemahlener  
Getreides, Kleie ausgeglichen.

**Kopenhagen, 13. Januar.** Der Finanz-  
minister Ertel brachte eine Vorlage ein,



